56. Jahrgang. № 137. Sonntag, 19. Mai 1912.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Bezugs-Gebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (am Sonn- und Montagen nur einmal) 2,50 M., durch auswärtige Kommissionäre bis 3,50 M. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 M. (ohne Bestellgeld). Die den Lesern vom Dresden u. Umgebung am Tage vorher zugestellten Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe zusammen zugestellt. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresd. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Anzeigen-Tarif. Annahme von Ankündigungen bis nachm. 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis ½1 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 30 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden 25 Pf.; die zweispaltige Zeile auf Textseite 70 Pf., die zweispaltige Reklamezeile 1,50 M. — In Nummern nach Sonn- und Feiertagen die einspaltige Grundzeile 35 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden die Grundzeile 30 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Jedes Belegblatt kostet 10 Pf.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Für Feinschmecker Lobeck's Marke: Dreiring — Fondant-Chocolade, Rahm-Chocolade, Bitter-Chocolade per Tafel 50 ₰; Cacao per ½ Kg. Dose 2.40 M.; Dessert per Carton 2, 3 u. 4 M.

RAUM KUNST — Beachten Sie die Schaufenster der „Raumkunst" Dresden-A., Viktoriastrasse 5/7. Brautausstattungen in grösster Auswahl bei billigsten Preisen.

Zacherlin — aber nur in Flaschen, wo Plakate aushängen.

Garten-Schirme Zelte-Lauben — Reizende Neuheiten. Grosse Auswahl. B. A. Müller, K. S. Hofl., Prager Str. 32/34. Illustrierte Preisliste frei.

Tuchwaren. Lager hochfeiner deutscher und englischer Anzug-, Hosen-, Paletot- und Westenstoffe in allen modernen Farben und Prima-Qualitäten, Damentuche, Billardtuche, Bunte Tuche. Uniformtuche für Königlich Sächsische Staatsforstbeamte in echter Farbe. Hermann Pörschel Scheffelstrasse 19/21 (Kleines Rauchhaus).

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Südwestwinde, etwas wärmer, kein erheblicher Niederschlag.

In der Zweiten Kammer standen gestern u. a. der Etat der Staatseisenbahnen und der Gesetzentwurf über die Unfallversicherung in der Land- und Forstwirtschaft zur Schlußberatung.

Im Königl. Schauspielhause machte das Kammerspiel „Wetterleuchten" von August Strindberg auf das ausverkaufte Haus tiefen Eindruck.

Der Reichstag setzte gestern die Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes fort und verhandelte über die auswärtige Politik.

In München wurde die Bayrische Gewerbeschau feierlich eröffnet.

In Brüssel ist unter deutscher Beteiligung eine internationale Kommission zur Schaffung eines Luftrechts zusammengetreten.

Die Dardanellen sind seit gestern früh für die Durchfahrt der neutralen Handelsschiffe freigegeben.

Die mexikanische Regierung hat 400 000 Mk. für die Hinterbliebenen der vier in Cavadonga ermordeten Deutschen in bar bezahlt.

Der Herr Expräsident Scheidemann.

Beinahe wäre Herr Scheidemann noch Vizepräsident des deutschen Reichstages, beinahe wäre auch Herr August Bebel Präsident derselben Körperschaft. Es haben nur wenige Stimmen gefehlt an einer Mehrheit für August Bebel, während Herr Scheidemann tatsächlich volle vier Wochen hindurch den ersten Vizepräsidentenposten bekleidet hat. Und nun denke man sich Herrn Scheidemann als Präsidierenden, während ein Genosse die Gelegenheit benutzt, den Schmutzkübel sozialistischer Schlammfluten über den führenden Bundesstaat auszugießen. Dann wäre das Unerhörte zur Tatsache geworden, daß im deutschen Reichstage Preußen ungestraft und ungerügt auf das schwerste beleidigt worden wäre. Der von der Mehrheit des Reichstages zum Vizepräsidenten gewählte Herr Scheidemann hätte schmunzelnd seinem Parteigenossen zugehört, dessen Ausführungen ihm aus der Seele gesprochen wären.

Herr Scheidemann, der bis vor kurzem noch der Auserwählte auch der bürgerlichen Linken war, ist nicht mehr Vizepräsident. Der Sturm des Unwillens in der nationalen Wählerschaft hat ihn von seinem Posten gestürzt. Wieder einmal war die Wählerschaft einsichtiger als die Fraktionen. So ist wenigstens dem deutschen Reichstage die größte Schande erspart geblieben. Es ist nun, als ob Herr Scheidemann der Welt zeigen wollte, welch Geistes Kind er in Wirklichkeit ist. Mit einem gewissen Behagen hatten Berichterstatter bürgerlicher Zeitungen demokratischer Richtung die urbanen Formen des Herrn Scheidemann geschildert. Herr Scheidemann, so hieß es, ist ein vollendeter Gentleman und wird die Würde des Reichstages genau so wahren, wie ein bürgerlicher Präsident. Wie mag Genosse Scheidemann gelächelt haben über diese Optimisten, und nun kam die Gelegenheit, Farbe zu bekennen. Wahrhaftig, er hat Farbe bekannt. Unter dem Johlen seiner Parteifreunde bewarf dieser erwählte Vertreter des deutschen Volkes sein eigenes Nest mit Schmutz; sein eigenes Vaterland belegte er mit Ausdrücken, die wiederzugeben sich die Feder sträubt. Das war ein Ohrenschmaus für unsere Sozialisten, uns aber treibt die Scham das Blut ins Gesicht. Zeigt uns das Land, wo ein Volksvertreter es wagt, sein Land und seinen Herrscher in dieser Weise zu schmähen! Zeigt uns das Parlament, das derartige Auftritte hinnimmt oder hinnehmen muß, weil es keine Handhabe hat, diesen Ungeheuerlichkeiten ein- für allemal ein Ende zu machen! Zeigt uns eine Volksvertretung, die zu einem Drittel solchen Angriffen Beifall spendet, und dann wiederholt noch einmal die ungeheuerliche Lüge, daß der „Sieg der Linken" bei den Reichstagswahlen im Interesse des Reiches gewesen sei.

Wahrhaftig, die bürgerlichen Parteien täten gut, in sich zu gehen. Sie tragen die Schuld an diesen Zuständen, sie haben im Kampfe aller gegen alle die sozialdemokratische Partei geschaffen, sie haben also keinen Grund, die Entrüsteten zu spielen. Tausendfach haben nationale deutsche Blätter die Parteien zur Einigung ermahnt, tausendfach sind die unvermeidlichen Folgen dieser bürgerlichen Selbstzerfleischung vorhergesagt worden, die bürgerliche Linke versagte sich den Sammelruf, jetzt hat sie die Quittung. Die Sozialdemokraten wissen sich von jeder Rücksichtnahme gegen ihre bürgerlichen Helfershelfer frei, sie beobachten schmunzelnd den Eiertanz der Fortschrittler, die vor lauter Prinzipien zu keiner Stellungnahme kommen, und im Bewußtsein ihrer Macht erniedrigen sie den deutschen Reichstag zur Hochschule der Volksverhetzung. Diesem Treiben aber müssen die Parteien zusehen, sie können die Erniedrigung des Reichstages nicht einmal verhindern.

Sechs Ordnungsrufe hat Herr Scheidemann nach und nach bekommen; was hat das alles aber genützt? Wundern muß man sich nur, daß Herr Kaempf, der Präsident des Reichstages, so lange zögern konnte, ehe er gegen Scheidemann einschritt. Erst der ostentative Auszug des Reichskanzlers und der Sturm auf der Rechten zwangen ihn, den Worten des Sozialdemokraten größere Beachtung zu schenken. Herr Scheidemann aber kümmerte sich den Teufel um die Ordnungsrufe, er schimpfte ruhig weiter, bis der Strom seiner Rede versiegte. Das ist die Achtung der Sozialdemokratie vor der Würde des Parlaments, und doch meinte die demokratische Presse, in dem Volkshause des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechtes seien Auftritte, wie sie jüngst im preußischen Abgeordnetenhause vorgekommen sind, undenkbar, dort regele sich alles von selbst. Allerdings, die offenkundige Beschimpfung des Kaisers und Preußens kann im Reichstage nicht verhindert werden, machtlos muß die bürgerliche Mehrheit diesem Treiben zusehen; wenn die Demokraten darin ein Zeichen von Volksfreiheit erblicken, dann haben sie freilich recht. Eine selbstbewußte Volksvertretung würde aber keinen Augenblick zögern, diesen schmachvollen Zuständen ein Ende zu machen.

Des Kanzlers Eintreten für den Kaiser war männlich und würdig. Man weiß, es ist bei diesem Mann keine Phrase, wenn er sagt: „Ich trete vor den Kaiser, so lange ich an dieser Stelle stehe". Die Theaterpose ist dem fünften Reichskanzler fremd, darum wirken seine Worte um so nachhaltiger. Seinen Optimismus in der Beurteilung der Elsaß-Lothringer freilich vermögen wir nicht zu teilen. Nicht vereinzelte Elsaß-Lothringer haben die bekannte Resolution gefaßt, die die Französlinge in Grafenstaden in Schutz nahm gegen die Maßnahmen der Regierung, sondern der gesamte nach dem Reichstagswahlrecht gewählte reichsländische Landtag. Aber freilich, es ist wohl verständlich, daß der Kanzler sein Werk noch nicht als verfehlt eingestehen möchte. Und doch ist es verfehlt, hier hilft alles Sträuben nichts mehr. Mit zynischer Offenheit schreibt die „Action Française": „Wir können nur eins sagen. Es ist uns angenehm, daß Elsaß-Lothringen fortfährt, das öffentliche Leben Deutschlands zu vergiften". Das ist ein wahres, furchtbares Wort, und es sei hier noch daran erinnert, daß August Bebel einmal gesagt hat, Elsaß-Lothringen werde der Hebel sein, durch den die Sozialdemokratie die Monarchie in Deutschland aus den Angeln heben werde. Dahin wird es zwar nicht kommen, aber an Versuchen wird es nicht fehlen.

Es hat den Anschein, als ob die Demokratie zu einem neuen Sturm rüste gegen den Kaiser. Man sucht dem Kaiser aus seinen unmutigen Worten über die Zustände im Reichsland einen Strick zu drehen. Es bedarf wohl keiner weiteren Erörterung, daß die wirklich nationalen Parteien sich diesmal nicht zum Sturmbock der demokratischen Wünsche hergeben werden. Außerdem ist mit Sicherheit anzunehmen, daß der Kanzler eine Wiederholung der Novemberdebatte des Jahres 1908 mit allen Mitteln verhindern wird. Der Demokratie ist es nur darum zu tun, das Ansehen der Monarchie zu erschüttern und die Rechte des Reichstages zu erweitern. Nach den Proben, die der Reichstag am Freitag von seiner nationalen Reife gegeben hat, kann man nur der Hoffnung Ausdruck geben, daß dieses Ziel der Demokratie nie erreicht werden möge. Der ganze Haß dieser Leute aber gegen Preußen beruht nur darauf, daß Preußen in der Tat ein eherner monarchischer Felsen ist, an dem alle Demokratisierungsgelüste scheitern müssen, wenn die Regierung in Berlin fest bleibt.

Vielleicht haben die sozialistischen Vorstöße das eine gute, daß sie die bürgerlichen Parteien wieder einander näher bringen und auch den Gleichgültigen und den Optimisten darüber die Augen öffnen, wohin diese sozialistischen Umtriebe führen. Ein Zusammenarbeiten mit solchen Elementen ist doch einfach unmöglich, und die Partei, die jetzt noch mit den Gesinnungsgenossen Scheidemanns, Borchardts und Liebknechts zusammengehen würde, würde sich damit außerhalb der bürgerlichen Gesamtinteressen stellen. Die Vorgänge im Reichstag lassen keinen Zweifel darüber, daß jede auch nur taktische Unterstützung der Sozialdemokratie ein Verbrechen ist wider Kaiser und Reich.

Drahtmeldungen

vom 18. Mai.

Deutscher Reichstag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Reichstag setzte heute die Beratung des **Etats des Auswärtigen Amtes** fort und verhandelte über die auswärtige Politik. — Abg. Dr. David (Soz.) führte aus, das Gefühl, daß uns hinsichtlich der Leistungsfähigkeit und Tüchtigkeit der Diplomatie die anderen Völker überlegen seien, sei allgemein. Er führte das darauf zurück, daß der Adel bevorzugt werde und daß die Auslese dem persönlichen Gutdünken eines ganzen Mannes überlassen sei. Er verlange namens seiner Partei Zusammenlegung des diplomatischen mit dem Konsulardienst derart, daß der letztere die unbedingte Voraussetzung des ersteren werde. Die Information des Reichstages über die auswärtige Politik sei höchst mangelhaft. Der Fortgang des Freiherrn von Marschall aus Konstantinopel scheine den Zusammenbruch der deutschen Politik in der Türkei ein Fiasko gegenüber dem englischen Einfluß zu bedeuten. Auch der Dreibund habe einen Stoß erlitten. Die neue Kombination sei eine Entente zwischen England, Frankreich und Italien, nur die Rüstungstreibereien in Deutschland drängen selbst die Liberalen Englands zu weiteren Rüstungen. — Abg. Dr. Spahn (Zentr.) streift den tripolitanischen Krieg, die Unruhen in China, die Verhältnisse in Marokko, die Dardanellensperre und bittet den Staatssekretär um verschiedene Auskünfte. Wir haben, fährt er fort, alle den dringenden Wunsch, daß unser Verhältnis mit England gut ist, aber an Deutschland liegt die Schuld nicht, wenn es nicht so ist. Wir wollen England seinen Weg gehen lassen, wie wir den Weg gehen, den wir für richtig halten. Auf die Beibehaltung des Seebeuterechts hat es, wie Redner dem Abg. David gegenüber betont, gerade im Gegensatz zu Deutschland immer den größten Wert gelegt. Die Auswahl unserer Diplomaten ist auf einen zu engen Kreis beschränkt. — Seitens der Abgeordneten Dr. Heckscher (Vp.) und Freiherrn v. Richthofen (natl.) ist ein Antrag eingegangen, der den Reichskanzler ersucht, im nächsten Etat die Besoldungsverhältnisse der Botschaftsräte, Legationssekretäre und Attachés und somit die Anstellungsverhältnisse dieser Beamten derart zu gestalten, daß bei der Zulassung zum diplomatischen Dienst Schwierigkeiten infolge nichtausreichender finanzieller Leistungsfähigkeit des Bewerbers nicht mehr entstehen können. — Abg. Dr. Oertel (kons.): Dr. David hat gegen einen strohernen Popanz gefochten. Kriegshetzereien sind nur ganz vereinzelte Erscheinungen bei uns. Die diplomatische Karriere ist nicht dem hohen Adel reserviert. Es gibt darunter Herren von ganz jungem Adel aus der Großfinanz, aus der Großindustrie und nicht allein aus den vermaledeiten agrarischen Kreisen. Allerdings muß ein Botschafter das Zeug zu seinem Amte haben. Auch im sozialdemokratischen Zukunftsstaat würde man denselben Grundsatz haben. Da würde man zum Beispiel Herrn Südekum für geeigneter zum Diplomaten halten, als Herrn Hoffmann aus dem Abgeordnetenhaus. Solche menschliche Rücksichten müssen genommen werden. Ich halte es nicht für gut, daß unsere Gesandten und Botschafter sämtlich durch die Vorschule des Konsulatsdienstes gehen. Allerdings müssen sie über eine allgemeine volkswirtschaftliche Bildung verfügen. Eine Geheimnistuerei beim Auswärtigen Amt besteht nicht. Ueber schwebende Angelegenheiten kann natürlich nichts Greifbares gesagt werden. Der Dreibund hat einen sehr notwendigen Stimmungswert und geschichtlichen Wert. Der praktische Wert ist geringer. Oesterreich war zeitweilig wie ein Eisklumpen kühl. Das ist unter dem neuen Minister besser geworden. Italien macht manchmal Extratouren, kehrt aber immer wieder zum ursprünglichen Tänzer zurück. Der Dreibund bedeutet eine gewisse Sicherung für das europäische Gleichgewicht. Auch die nebenher bestehende französisch-russische Entente könnte vielleicht zur Sicherung des Friedens beitragen. Wir sind durchaus geneigt, in ein gutes Verhältnis mit England zu treten, aber wenn man das will, darf man es nicht zeigen, daß man es gar zu sehr wünscht und es allein braucht. Man muß immer die Gegenseitigkeit in gebührender Weise hervorheben. Es darf nicht erkauft werden mit der Preisgabe irgendwelcher Interessen. Ich muß anerkennen, daß unsere Diplomatie die ungewöhnlichen Schwierigkeiten aus dem italienisch-türkischen Kriege ganz gut gemeistert hat. Mit Frankreich sollten wir nun endlich nach dem Abkommen von Marokko und Neu-Kamerun in Frieden leben können. Frankreich hat eigentlich jetzt mit uns keinen Punkt, wo unsere Interessen sich durchkreuzen. Was Frankreich in den letzten Wochen erlebt hat, zeigt, daß wir mehr Recht hatten als die, die auf Marokko den deutschen Kürassierstiefel setzen wollten. Er wäre wohl im Morast stecken geblieben. Ich kann den Herren vom Auswärtigen Amt nur danken, daß sie damals gewissen überdeutschen Forderungen nicht gefolgt sind. Redner bittet um Auskunft über die Angelegenheit des Ueberfalles auf der Farm Renschhausen und spricht dann